

### **Interpellation von Angelika Zanolari (SVP) betreffend .Arrahma'-Moschee in der Elsässerstrasse**

In ganz Europa berichten die Medien über zunehmende Spannung mit Muslimen, insbesondere mit denjenigen, welche ihren Glauben konservativ oder gar fundamental auslegen. Es ist zu hoffen, dass der Mord an einem Filmregisseur in den Niederlanden ein Einzelfall bleibt. Um dies prophylaktisch für die Schweiz und speziell für Basel zu erwirken, braucht es von behördlicher Seite entsprechende Vorkehrungen, Massnahmen und griffige Auflagen im Umgang mit den islamischen Kulturvereinen. Gemäss Basler Zeitung vom 27. November, befindet sich an der Elsässerstrasse mit der .Arrahma'-Moschee' ein islamischer Kulturverein, welcher den islamischen Glauben sehr konservativ auslegt. Dieser Verein ist aus der Moschee an der Friedensgasse hervorgegangen. Die Abspaltung erfolgte, weil die Moschee an der Friedensgasse offenbar zu wenig fromm und strenggläubig sei. Bereits vor einem Jahr machte die „Arrahma-Moschee“ auf sich aufmerksam und war Gegenstand einer Interpellation, weil der Betrieb der Moschee ohne gültige Baubewilligung aufgenommen wurde. Ruhestörungen und Abfallprobleme waren nur zwei von vielen Unannehmlichkeiten, welche die Anwohner gewärtigen mussten.

Im Weiteren berichtete die Basler Zeitung, die Verantwortlichen des Vereins gingen auf keine der Fragen des Journalisten ein und reagierten auch nicht auf schriftliche Anfragen hin. An Gesprächen mit „Ungläubigen“ sind sie nicht interessiert. Dies verunmöglicht eine Integration. Die Gefahr der Entstehung einer Parallelgesellschaft, welche unsere westlichen Werte und demokratischen Regeln nicht kennt, unsere Bundes- und Kantonsverfassung missachtet und die Scharia, das islamische Recht, über unsere hiesigen Gesetze stellt, ist reell und nicht von der Hand zu weisen.

Der Kanton ist zum Handeln aufgefordert. Insbesondere seit bekannt ist, dass ein Imam in einer Moschee in Basel in seiner Predigt die Züchtigung der eigenen Ehefrau legitimierte. Auch wenn dieser Imam unterdessen zur Ausreise aufgefordert wurde, ist die Tatsache, dass es überhaupt soweit kommen konnte, höchst unbefriedigend und lässt in der Bevölkerung Misstrauen und Ängste anwachsen.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welcher Moschee hat der Imam, welcher die Züchtigung von Ehefrauen legitimiert, gepredigt?
2. Ist der Imam aus der Schweiz ausgereist und wann ist er ausgereist?
3. Haben die Behörden mit den Verantwortlichen, welche diese Predigt zugelassen haben, Kontakt aufgenommen und ihnen unsere hiesigen gesetzlichen Grundsätze, Verfassung und Werte aufgezeigt und auf die damit verbundene Inkompatibilität mit unseren Grundregeln und der in der Predigt gemachten Äusserungen hingewiesen?
4. Geht eine mögliche Terrorgefahr von den Muslimen in der Arrahma-Moschee aus?
5. Haben die Behörden Kenntnis über die Aktivitäten und inhaltlichen Programme der .Arrahma-Moschee'?
6. Haben die Behörden Zugang zu dieser Moschee oder wird ihnen das Gespräch wie im Fall der Journalisten der .Basler Zeitung' ebenfalls verweigert?
7. Sind Hasspredigen wie diejenige, in welcher das Schlagen von Ehefrauen legitimiert wird, in Basel ein Einzelfall?
8. Wäre eine Audio- oder Videoüberwachung kritischer Moscheen, konkret der .Arrahma-Moschee', möglich und würde diese allenfalls sicherheitsrelevante Verbesserungen mit sich bringen?
9. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um diese systematische Abschottung jener Muslime von der Aussenwelt resp. den so genannten Ungläubigen, zu verhindern?
10. Mit welchen Massnahmen will der Regierungsrat die Entstehung einer Parallelgesellschaft verhindern?
11. Wie und wo greift in solchen Fällen das geplante Integrationsgesetz?

Angelika Zanolari